



die Inklusiven e. V.
Oehlmühlenstr. 50
33604 Bielefeld

info@die-inklusive.de

16.05.2018

Pressemitteilung

16.05.2018

Zur Tagung des Schul- und Sportausschuß am 15.05.2015

Geld ist nur für die da, die noch nie ausgeschlossen waren Bielefeld als negatives Beispiel nicht vorhandener Inklusion

Ungerührt wurde gestern, am 15.05.2018, die Kredit-/ Fördermittel-Umschichtung für die Baukosten Almsporthalle durch den Schulausschuß bestätigt. Kein Gedanke an Erwähnung von Steuerbedarfen, besonders bezüglich schulischer Inklusion.

Der schale Geschmack bleibt, daß viel Geld da ist – vor allem für sehr eingegrenzte Nutzerkreise: Für Schulen, die, wenn überhaupt, irgendwo versteckt auf ihren Websites von „Gemeinsamen Unterricht“ sprechen, obwohl schon seit längerem Unterricht von Kinder mit ohne Behinderung Gemeinsames Lernen heißt. Für ein Gymnasium, das immer noch kein Gemeinsames Lernen anbietet, also nicht einmal Schüler mit Autismus aufnimmt, die Abitur anstreben, aber eine neue Sporthalle gebaut bekommt – für den Sportkader einer überwiegend deutschen Schülerschaft. (siehe Informationsvorlage der Verwaltung)

Auch wenn man über Bezeichnungen noch hinwegsehen kann, so sucht man doch vergeblich nach inklusiven Erfahrungen oder Haltungen, also Inhalten.

Aber wie soll auch an Schulen ein inklusiver Geist Einzug halten, wenn der noch nicht einmal von der Bielefelder Politik ausgeht?

Diversität exklusiv gedacht

Im Schulausschuß wird ein durchaus umfangreiches Konzept „Diversität Partizipation und Integration“ – gemeint sind Flüchtlinge – vorgestellt. Eine solche detaillierte Beschäftigung würde man sich seit 9 Jahren in Deutschland geltender UN-Behindertenrechtskonvention für die Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigungen wünschen!

Demnach wird in der Stadt Bielefeld also für Schüler mit Migrations- oder Fluchterfahrung immer noch von einer „anderen Art Inklusion“ als für Schüler mit Beeinträchtigungen ausgegangen. Als ob Inklusion nicht bedeuten würde, man unterscheidet nicht mehr zwischen Regel- Willkommens und „Inklusions-Kindern“ (gemeint sind hier gemeinhin behinderte Kinder), sondern macht den Zugang, z.B. zu Bildung möglich.

Kosten- und ressourcensparend verbindende Elemente zu identifizieren und übergreifende Hilfen zum Abbau ähnlicher Barrieren (z.B. Sprachförderbedarfe) zu gewähren, davon ist immer noch nicht die Rede. Der Behindertenbeirat wurde bei der Erarbeitung des Papiers nicht miteinbezogen.

Und so behandelt man die Frage, wohin mit 99 Schülern mit Fluchterfahrungen, für die angeblich auf ihren derzeitigen Bielefelder Schulen zum neuen Schuljahr kein Platz mehr ist, als wäre es das Beste für teilweise traumatisierte Kinder, erneut aus ihrem gerade gewohnten Umfeld gerissen und destabilisiert zu werden.

Statt darüber zu debattieren, warum diese 99 Schüler nicht individuell der Sprache bemächtigt wurden und warum Schulen diese Schüler loswerden wollen, betreibt man Wortklauberei: Ob man bei den bevorstehenden Abschlüssen überhaupt von „Abschlüssen im herkömmlichen Sinne“ reden könne. (Herr Wandersleb/ SPD)

Worum es hier wirklich geht, wird deutlich an der Forderung der Bosse-Realschule, sie könne nur alle Schüler der internationalen Klasse behalten, wenn ein Klassenraum-Container aufgestellt wird. Es geht also im Kern um den Streit in Sachen Ausstattung, hier der räumlichen, der – wie stets - unter Instrumentalisierung der vulnerabelsten Gruppe ausgetragen wird!

In Klassen des Gemeinsamen Lernens oder auch Internationale Klassen dürfte nicht einmal an Abschlüssen gedacht werden, will man tatsächlich dem Anspruch von Inklusion gerecht werden!

Digitalisierung

20 ausleihbare I-Pad-Koffer sollen dann die Gemüter der nicht für das Programm Gute Schule 2020 vorgesehenen Schulen beruhigen. Niemand fragt, wie diese Ausleihe in der Praxis Wirkung entfalten soll. Allein der Prozess der Ausleihe wirkt als unverhältnismäßig großer Aufwand für einen einmaligen Einsatz. Welche Ziele sollen damit in den Schulen erfüllt werden – routinierte Anwendung digitaler Möglichkeiten wohl nicht. Die Heranführung von Schülern, deren Eltern sich diese Technik nicht leisten können oder Motivation der Schüler, die durch irgendeine Beeinträchtigung beschwert sind? Das ist gar kein Thema.

Und was wird überhaupt vom Differenzbetrag des 300 Tsd €-Budgets bezahlt, der nicht in die Anschaffung der 20 Klassen-sätze (Koffer) I-Pads fließt? Bei Kosten von 350€ pro I-Pad bleibt eine nicht erörterte erhebliche Differenz, erst recht, wenn man von geringeren Kosten für das für Schulen konzipierte Schul-I-Pad u/o Mengenrabatt ausgeht.

Es bleibt der Eindruck, die Politik läuft ihren eigenen Planungen hinterher. Herr Kleinkes/ CDU bringt es auf den Punkt: Es gab beim Rats-Beschluss, das Förderprogramm Gute Schule 2020 allein für den Neubau der MNGesamtschule in Schilde-sche zu verwenden, keinen Plan B, falls der Zeitplan für das Abrufen der einzelnen Tranchen nicht eingehalten werden kann. Einen Plan B ist aber das Mindeste, was man von Politikern, welche die Geschicken einer Stadt lenken, eigentlich erwarten dürfte.

Die Stadt, in der es Inklusion nicht gibt

Es zeigt umso mehr, dass Bielefeld kein „gutes Beispiel gelungener Inklusion“ ist, wie es auf der UNESCO-Tagung im letzten Jahr versucht wurde zu suggerieren und immer noch im Internet zu lesen ist: http://www.nw.de/nachrichten/regionale_politik/21716101_Bielefeld-als-positives-Beispiel-gelungener-Inklusion.html - mit „Symbolfoto“ einer inklusiven Klasse.

Wer mit kluger Planung seit 9 Jahren die Entstehung inklusiver Strukturen gefördert hat, unter denen Kinder mit Behinderung lernen können, der würde nicht im Traum daran denken, 99 Kinder mit Fluchterfahrung abzuschulen.

Wir fordern weiter Umsteuerungs-Aktivitäten.